

Ariah Tengku Ahmad, Ministerin für Soziales im malaysischen Bundesland Sabah, wirft Eltern, besonders Müttern, vor, sie erzögen „ihre Söhne zu Giganten oder Egoisten“. Über Gewalt gegen weibliche Mitmenschen dürfe man sich daher nicht wundern.

Wie sogar im Westen neigen erst recht in religiös-patriarchalisch geprägten Traditionsgesellschaften Polizisten, Richter, Anwälte und Eltern dazu, vergewaltigten Frauen und Mädchen die Schuld oder zumindest eine Mitschuld an dem Verbrechen zu geben.

Von aufreißendem Gebaren oder herausfordernder Kleidung ist jedoch in 82 Prozent aller Polizeiprotokolle nicht die Rede: Die Opfer stecken in langweiligen, blauweißen Schuluniformen oder in islamischen Gewändern, die von Kopf bis Fuß reichen.

Die sozialen Folgen sind auch in Malaysia für die Geschändeten oft härter als für die Schänder. Im Schnitt kommt ein Sexualverbrecher mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis davon, obwohl 20 Jahre Haft verhängt werden können.

Die Strafe der Gesellschaft für die Opfer dagegen – soziale Ächtung – währt nicht selten lebenslanglich. Weitaus die meisten Ehemänner betroffener Frauen lassen sich scheiden. Ein vergewaltigtes Mädchen büßt nicht nur seinen Wert als künftige Ehefrau ein, sondern auch seine Ehre samt der seiner Familie.

Der einzige Ausweg aus der Schande bringt häufig Horror für den Rest des Lebens: das Opfer und den Täter miteinander zu vermählen. Ein Teenager in Kuala Lumpur wählte noch ein anderes Mittel. Nachdem das Mädchen vom Vater und dessen Freund mißbraucht worden war, verstümmelte es seinen Körper, damit nie mehr ein Mann den Wunsch haben könnte, ihn zu berühren.

KANADA

Heiße Hunde

Neue Runde im Kampf zwischen Englisch und Französisch: Englische Schilder sind nur drinnen erlaubt.

Ein Molotowcocktail zertrümmerte die Schaufensterscheibe und setzte einen Teil der Ladeneinrichtung in Brand: Michel Simard, Inhaber des Sportartikelgeschäfts „Ski Michel“ in Ste. Anne de Beaupré in der kanadischen Provinz Quebec, wurde bestraft, weil er gegen ein obskures Gesetz verstossen hatte.

Simard hatte es gewagt, in dem auch von US-Amerikanern gern besuchten Skiort mit englisch beschrifteten Schildern darauf hinzuweisen, daß er Skier verleihe und Schlittschuhe schleife. Öffentlich sichtbare kommerzielle Schilder aber, so bestimmt es das Quebecer Gesetz Nr. 101, sind in der Provinz nur auf französisch zulässig.

Der Kaufmann hätte gewarnt sein müssen: Schon zuvor war sein Laden Ziel von Angriffen und Farbschmierereien gewesen. Nach dem Brandanschlag fügte sich Simard: An und in seinem Laden ist nichts Englisches mehr zu lesen.

In Kanadas größter Provinz mit 6,5 Millionen Einwohnern, von denen 83 Prozent Französisch als Muttersprache angeben, ist der seit vielen Jahren schwelende Sprachenstreit wieder ausgebrochen.

Eingeläutet hatte die jüngste Runde im Kampf ums rechte Idiom der Ober-



Sprachprotest in Quebec*: Für reine Frankophonie

ste Gerichtshof Kanadas in der Bundeshauptstadt Ottawa.

Einstimmig verurteilten die hohen Richter Mitte Dezember als verfassungswidrig, was Quebecs Nationalisten 1977 zum Schutz frankophoner Kultur erlassen hatten: Eine Rechtsvorschrift, die Englisch auf Geschäftsplakaten verbiete, verletze das Grundrecht der Ausdrucksfreiheit. Das Gericht: „Es kann keine freie Meinungsäußerung geben, wenn man nicht die Sprache seiner Wahl benutzen darf.“

Das durch Richterspruch teilweise aufgehobene Sprachedikt war das Werk der Separatisten, die Quebec von 1976

* Demonstration gegen die Zulassung von zweisprachigen Schildern, am 20. Dezember 1988.

bis 1985 regierten. Ihre Partei, der Parti Québécois, wollte die Provinz vom riesigen Rest Anglo-Kanadas losrennen. Und war dieses Utopia schon nicht zu verwirklichen, so ließ sich zumindest Quebecs angeblich bedrohtes frankophones Kulturerbe per Sprachengesetz retten.

Erst 1969 war für ganz Kanada Französisch als zweite offizielle Landessprache eingeführt worden; den Streit zwischen Frankokanadiern – nur knapp 25 Prozent – und „Anglos“ konnte das aber nicht beenden. Quebec ging sogar noch einen Schritt weiter rückwärts: In seinen Grenzen gibt es nur eine Staatssprache – Französisch.

Für alle verbindlich vorgeschrieben wurde der Gebrauch des Französischen am Arbeitsplatz, in Schulen und Gerichten, auf Straßen- und Verkehrsschildern. Statt „Stop“ gebietet „Arrêt“ Quebecs Autofahrern Halt. Selbst für private Firmenschilder wurde Englisch tabu.

Für die Einhaltung der reinen Wortlehre sorgte eine Sprachenzensurpolizei. Rund 10 000 Fälle linguistischer Sünden untersuchten die Sprachenschnüffler in den vergangenen elf Jahren. Dem Besitzer eines englischsprachigen Wochenblätchens etwa drohte eine Strafe von 50 Dollar, weil er im Bürofenster auf einer Karte „Merry Christmas“ gewünscht hatte.

Ein Imbiß-Unternehmer fiel den Inspektoren auf, weil er seine Würstchen als „New Canada Hot Dogs“ anbot. Der

Gastronom verteidigte sich, selbst eingefleischte Frankokanadier kämen nicht auf die Idee, bei ihm auf Französisch „chiens chauds“, heiße Hunde, zu bestellen.

Trotz der amtlichen Schnüffelei gelang es etlichen Firmen in Quebec, ihre zweisprachigen Geschäftsschilder beizubehalten. Der Montrealer Schreibwarenhändler Allan Singer aber beharrte darauf, seine Firmenfassade nur englisch zu beschriften. Gegen die Order, die Englisch-Schilder gegen französische zu ersetzen, ging er 1978 vor Gericht.

Andere Unternehmer schlossen sich an, so der Schuhhändler Morton Brownstein. „Brown's Shoes“ akzeptierte zwar das Französisch-Gebot, wollte aber auf sein Englisch nicht ganz verzichten.

Singer stieß bei den Richtern auf kein Verständnis für seine englische Einsprachigkeit. Denn es gebe „eine dringende und begründete Besorgnis“ um den Erhalt des Französischen in der Provinz Quebec, ungeachtet garantierter Ausdrucksfreiheit. Der Schuhhändler hingegen fand Verbündete in den Rechtsprechern der letzten Instanz: Englisch müsse zugelassen werden, wenn und solange Französisch auf Schildern und Anzeigentafeln „dominierend dargestellt“ sei.

Quebecs Nationalisten sind empört. Provinzpremier Robert Bourassa, der 1985 die Separatisten in der Regierung abgelöst hatte, legte deshalb in der Nationalversammlung „loi 178“ als Kompromiß vor: Fortan seien wie gehabt alle englischen Geschäftsaufschriften „draußen“ verboten, „drinnen“ dürfe jedoch Englisch erscheinen, sofern – siehe Urteil – Französisch „deutlich dominierend“ sei. „Eine Farce“ sei das, fand der Abgeordnete Claude Filion vom Parti Québécois.

Unklar zumindest ist das Gesetz. So dürfen Schilder, die drinnen angebracht, aber von draußen zu sehen sind, weiterhin nur auf Französisch beschriftet werden. Ungeklärt bleibt die Frage, ob eine Menü-Auswahl auf einer Wandtafel ein Schild sei (nur Französisch) oder eine Speisekarte (Englisch erlaubt).

Und wie steht es mit Läden in Einkaufspassagen? Die Geschäfte sind eindeutig „drinnen“, in der Passage nämlich, im Sinne des neuen Gesetzes gleichwohl draußen vor der Tür. Der für Sprache zuständige Minister Guy Rivard tat sich besonders schwer mit der Erklärung, woran denn auf Binnenschildern die Dominanz des Französischen gemessen werden soll. „Es ist nicht die Größe der Buchstaben“, erklärte Rivard, es sei auch nicht die Farbe oder ob es links oder rechts vom Englischen stehe, „es ist alles das zusammengekommen“.

Der Kompromiß nach all den Dekreten, Klagen und Urteilen stellt aber weder Quebecs frankophone noch die Anglo-Bevölkerung zufrieden: In der überfüllten Paul-Sauvé-Sportarena von Montreal demonstrierten 12 000 Menschen gegen die Unterminierung der reinen Frankophonie.

Den angelsächsischen Kanadiern wiederum ist ihre englische Schild-Enklave nicht groß genug; drei englischsprachige Minister verließen aus Protest die Provinzregierung von Quebec.

GASTRONOMIE

Bei Josef

Besseres Essen in Moskau: in privat betriebenen Kooperativ-Restaurants, sogar einem jüdischen.

Von Kaviar und leckeren Pastetchen schwärmten die Reisenden vergangener Jahrhunderte, von der hohen Kunst der Einheimischen, schmackhafte Mahlzeiten aus eingelegten Pilzen, Zwiebeln und saurem Rahm zu bereiten, von trefflichem Fisch und passablem Bier.

Doch das Moskau der letzten Jahrzehnte hat sich, jedenfalls in seinen öffentlichen Speisehäusern und selbst in gehobenen Restaurants, alle Mühe gegeben, bei früheren Rußland-Fahrern erworbenen kulinarischen Ruf zu ruinieren.

Durch Standard-Speisekarten mit einfalligen Gerichten, von denen die Küche eine Hälfte gar nicht und die andere meist nur erkaltet liefert; durch mürrisches Personal, das Gäste als lästige Störenfriede behandelt und sich zur Abwehr potentieller Kundschaft hinter landesweit fest installierten Schildern verschanzt, mit der Aufschrift „Swoobodnych mest njet“: Keine freien Plätze.

Wirtshäuser, die einfache landesübliche Kost bei halbwegs behaglichem Ambiente bieten, sind fast völlig verschwunden. Noch bis vor kurzem kam die Neun-Millionen-Stadt Moskau auf bestenfalls 30 Restaurants, die diesen Namen bei großer Nachsicht verdienten, sowie auf einige Hundert ebenfalls staatlich betriebene Garküchen.



Privatgastwirt Peresowski: „Agent Gorbatschows“

In denen werden Werk tätige und Touristen schlangenweise und oft stehend mit Schaschlik, Pfannkuchen oder belegten Broten abgefüttert. Sie erhalten dazu verbogene Blechgabeln und, seltener, stumpfe Messer, die stets Mangelware sind und deshalb abgezählt in geringer Stückzahl an der Kasse besonderer Bewachung unterliegen. Warum das alles so sein muß, ist unerklärlich.

Doch ganz langsam geht über der trüben hauptstädtischen Gastronomie dank Gorbatschows Reformpolitik die Sonne des Wettbewerbs auf. Noch längst sind die Glanzleistungen nicht so, daß sich Vorkoster und Sternchen-



Küche in Peresowski's Restaurant
Nach dem Rezept einer Mamma

Verteiler aus dem Westen bereits auf den Weg machen müßten. Aber einige der neuen Moskauer Kooperativ-Restaurants, meist als Familien- oder Kollektiv-Betriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt und durch ein besonderes Perestroika-Gesetz ausdrücklich legitimiert, haben ihrer verschlafenen Staatskonkurrenz den Rang abgelaufen.

Sie heißen „Abchaski dwor“ (Abchasischer Hof), „Antrakt“ (Zwischenakt) oder „Smolenski traktir“ (Smolensker Schenke). Insgesamt 154 genossenschaftliche Restaurants und Cafés haben sich inzwischen in ehemaligen Wohnungen und Lebensmitteläden etabliert: kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Doch gemessen am chronischen Defizit ist es ein beachtlicher Anfang in einem Lande, dessen Obrigkeit 60 Jahre lang jede Form von Kaufmannsdenken dicht neben der Kriminalität eingestuft hat.

Erst vor knapp zwei Jahren eröffnete mit der „Kropotkinskaja 36“ die erste Koop-Gaststätte. Und die schwerfälligen, den Entrepreneurs nicht wohlge-